



Einzureichen an: _____

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
OE Bildung und Arbeit
Domplatz 12
39104 Magdeburg



Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

Sachsen-Anhalt WEITERBILDUNG (betrieblicher Zugang)

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten in Unternehmen sowie zur Förderung von individuellen beruflichen Weiterbildungen und Zusatzqualifikationen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus und des Landes Sachsen-Anhalt (Sachsen-Anhalt WEITERBILDUNG)

Finanzplanebene 21.08.1 - Weiterbildungsförderung

Hinweis: Bei der Gewährung eines Zuschusses im betrieblichen Zugang handelt es sich um eine de-minimis-Beihilfe.

1.1 ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)		Gründungsdatum
Straße, Hausnummer		Vorwahl/Rufnummer
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)		Vorwahl/Rufnummer/Fax
E-Mail		Steuer-ID (sofern relevant)
Handels-/Vereinsregister-Nr. (falls vorhanden)		Registergericht (falls vorhanden)
Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO)		Umsatzsteuer-ID
Branche/Tätigkeitsbereich		

Vorsteuerabzugsberechtigt? Ja Nein teilweise mit %

Rechtsform

OHG GbR KG GmbH AG Körperschaft ö. R.
 Verein (e.V.) Sonstige

1.2 Weitere Angaben

Unternehmen mit bis zu 10 Beschäftigten*
 Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten*
 Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten, die Weiterbildungen von Arbeitslosen** und Beschäftigten im Rahmen von An-siedlungs-, Umstrukturierungs- oder Erweiterungsinvestitionen vornehmen

Unternehmen oder Einrichtung dessen/deren Unternehmenszweck die Verfolgung sozialer, ethischer oder ökologischer Ziele und nicht oder nur untergeordnet mit einer Gewinnerzielungsabsicht verbunden ist.

Anzahl beschäftigter Personen einschließlich Unternehmer/in zum Antragszeitpunkt

Insgesamt***

Wurde gegen Sie ein Insolvenzverfahren eröffnet?

ja

nein

Hinweise:

* Angaben zu den Beschäftigten beziehen sich auf den Unternehmensbegriff gemäß dem Kundeninformationsblatt zu „De-minimis“-Beihilfen

** Bei Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose kommt eine Förderung nur in Frage, wenn für die Bildungsmaßnahme andere Fördermöglichkeiten nach bundes- und landesrechtlicher Regelungen nicht bestehen / nicht in Anspruch genommen werden.

*** bitte Teilzeitarbeitsplätze in Vollzeitarbeitsplätze umrechnen – siehe hierzu Abschnitt 1 Nr..2.2 der Richtlinie

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Vorhabenbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.2 Vorhabenzeitraum

geplante rechtzeitige verbindliche Anmeldung am*

Tag/Monat/Jahr

Beginn der ersten WB*

Tag/Monat/Jahr

Ende der letzten WB

Tag/Monat/Jahr

*** Hinweise:**

Mit der Weiterbildung / Zusatzqualifikation darf nicht vor Eingang des Antrags bei der Investitionsbank begonnen werden. Als förderrechtlicher Beginn gilt bereits die verbindliche Anmeldung des Teilnehmers. Eine Anmeldung vor Antragszugang ist nur dann förderunschädlich, soweit ein kostenfreies jederzeitiges Rücktrittsrecht vereinbart worden ist (siehe Ziffer 5.b) dieses Antrags).

Bitte achten Sie bei einer Anmeldung zur Weiterbildung/Zusatzqualifikation unbedingt darauf, dass die Anmeldebedingungen bzw. die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des jeweiligen Weiterbildungsanbieters ein entsprechendes Rücktrittsrecht vorsehen. Ist dies nicht der Fall, so darf die Anmeldung erst nach Eingang des Antrags bei der Investitionsbank erfolgen.

Sofern Sie mit der Weiterbildung/Zusatzqualifikation nach dem Antragszugang aber noch vor Erteilung des Zuwendungsbescheides beginnen, tragen sie im Falle einer späteren Nichtbewilligung der Zuwendung das alleinige Finanzierungsrisiko. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht.

Ich/Wir habe(n) die Hinweise aus dem Merkblatt zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn zur Kenntnis genommen

ja

nein

Bei Studiengängen u.a. Weiterbildungen / Zusatzqualifikationen mit besonderen Zugangsvoraussetzungen ist ein Nachweis über das Vorliegen der Zugangsvoraussetzungen erforderlich.

2.3 Vorhabenbeschreibung

Qualifizierungskonzept (Mindestanforderungen: Darstellung der betrieblichen Notwendigkeit und entsprechender Bildungsziele)
Bitte ggf. auf einem gesonderten Blatt ergänzen!

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Ausgaben der Weiterbildung/Zusatzqualifikation (in Euro)

Teilnahme- und Prüfungsgebühren gem. Angebot (inkl. Ausgaben für Prüfungsstücke und Abschlussarbeiten)	<input type="text"/>
Honorarausgaben für externe Dozenten	<input type="text"/>
Fahrtkosten* zum Durchführungsort	<input type="text"/>
Übernachungskosten (Ausgaben für notwendige Übernachtungen sind pauschal mit 20 Euro je Übernachtung förderfähig)	<input type="text"/>
zusätzliche Kinderbetreuungskosten (Zusätzliche Betreuungskosten für Kinder bis 12 Jahre sind nur förderfähig, soweit diese durch die Qualifizierung ausgelöst werden)	<input type="text"/>
Summe der Ausgaben	<input type="text"/>

Hinweise für Betriebliche Weiterbildungen:

* Fahrtkosten sind notwendigerweise entstandene Ausgaben für Fahrten zum Durchführungsort der Weiterbildung/ Zusatzqualifikation bei einer Mindestentfernung von 50 km zum Wohnort oder Arbeitsort (kürzere Distanz). Anerkannte Fahrtkosten werden pauschaliert mit 0,20 Euro je zu fahrendem Kilometer berücksichtigt.

3.2 Finanzierung der Weiterbildung/Zusatzqualifikation (in Euro)

Eigenmittel	<input type="text"/>
Beantragte Zuwendung/Zuweisung	<input type="text"/>
Fremdmittel	
Weitere Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Sonstige Fremdmittel
(bitte bezeichnen)

Summe der Finanzierungsmittel

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Anlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) Mir/Uns ist die geltende Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Beschäftigten in Unternehmen sowie zur Förderung von individuellen beruflichen Weiterbildungen und Zusatzqualifikationen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Plus und des Landes Sachsen-Anhalt (Sachsen-Anhalt WEITERBILDUNG) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Nebenbestimmungen und Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P werden anerkannt.
- b) Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antragseingangs. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antragseingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Ich/ Wir trage(n) bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko. Mit/uns ist das Merkblatt mit Hinweisen zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn bekannt (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).
- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.
- d) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- e) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- f) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- g) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- h) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- i) Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir das Hinweisblatt zur Wahrung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB). zur Kenntnis nehme(n) und das Vorhaben im Einklang damit umsetzen werde(n). Sofern das beantragte Vorhaben auch die Förderung von Teilnehmern umfasst, werde ich/werden wir diese Informationen an die Teilnehmer weitergeben. Mir/Uns ist bewusst, dass eine Verletzung der in der Charta verankerten Grundrechte im Zusammenhang mit der Umsetzung des beantragten Vorhabens zu einem teilweisen oder vollständigen Widerruf der Zuwendung führen kann.
- j) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- k) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- l) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- m) Mir/uns ist bekannt, dass ein Informationsaustausch zwischen der IB und der zuständigen Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter erfolgen kann.
- n) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.
- o) Zur Überprüfung der Leistung und der Effizienz des aus Mitteln der Europäischen Union finanzierten Förderprogramms Sachsen-Anhalt WEITERBILDUNG werden im Hinblick auf die damit angestrebten Ziele die notwendigen Daten zu den Teilnehmern gemäß Artikel 17 und Anhang I Verordnung (EU) 2021/1057 mittels Fragebogen für Teilnehmer jeweils zum Eintritt und zum Austritt sowie ggf. im Rahmen einer ergänzenden Erhebung sechs Monate nach Ende des Vorhabens (Verbleibsdatenerhebung zur Ermittlung längerfristiger Ergebnisse durch die Teilnahme) erhoben. Bis auf diejenigen Fragen, die mit einem „*“ gekennzeichnet sind, handelt es sich um Pflichtangaben, deren vollständige Angaben erforderlich sind. Der Fragebogen bei Eintritt in ein ESF+ Vorhaben inklusive Ausfüllhilfe zum Fragebogen sowie der Fragebogen zum Austritt aus einem ESF+ Vorhaben sind mir/uns bekannt. Die entsprechende Datenerhebung werde ich/werden wir ab dem tatsächlichen Beginn und entsprechend dem zeitlichen Verlauf meines/unseres Vorhabens veranlassen.
- p) Zur Überprüfung der Leistung und der Effizienz des aus Mitteln der Europäischen Union finanzierten Förderprogramms Sachsen-Anhalt WEITERBILDUNG werden im Hinblick auf die damit angestrebten Ziele die notwendigen Daten zu den Teilnehmern gemäß Artikel 17 und Anhang I Verordnung (EU) 2021/1057 mittels eines Fragebogens für Teilnehmer jeweils zum Eintritt und zum Austritt

Ja

Nein

sowie ggf. im Rahmen einer ergänzenden Erhebung sechs Monate nach Ende des Vorhabens (Verbleibsdatenerhebung zur Ermittlung längerfristiger Ergebnisse durch die Teilnahme) erhoben. Bis auf diejenigen Fragen, die mit einem „**“ gekennzeichnet sind, handelt es sich um Pflichtangaben, deren vollständige Angaben erforderlich sind. Die Anlage/-n Fragebogen bei Eintritt in ein ESF+ Vorhaben inklusive Ausfüllhilfe zum Fragebogen liegt dem Antrag bei. Der Fragebogen zum Austritt aus einem ESF+ Vorhaben inklusive Ausfüllhilfe zum Fragebogen ist mir/uns bekannt. Die Datenerhebung zum Austritt aus dem Vorhaben werde/n ich/wir entsprechend dem zeitlichen Verlauf meines/unseres Vorhabens veranlassen.

- q) **Beherrschung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1.1, 1.2, 2.1, 2.2, 2.3, 3.1, 3.2, 4, 5. a), 5. b), 5. c), 5. d), 5. e), 5. f), 5. g), 5. h), 5. i), 5. j), 5. k), 5. l), 5. m), 5. n), 5. o), und 5. p) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 und 13 beizufügenden Unterlagen.

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

Elektronische Kommunikation: In der Regel erfolgt der gesamte Informationsaustausch zum geförderten Vorhaben elektronisch mit der Bewilligungsstelle über das IB-Kundenportal. Ausnahmen hiervon sind bei der Bewilligungsstelle zu beantragen und zu begründen. Für die Nutzung des IB-Kundenportals muss eine Registrierung erfolgen. Nähere Informationen zum IB-Kundenportal finden Sie unter www.ib-lsa.de.

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Veröffentlichung

Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Artikel 49 Absatz 3 Verordnung (EU) 2021/1060 veröffentlicht wird. Ich habe/Wir haben alle wirtschaftlichen Eigentümer über die Erhebung und Verarbeitung ihrer im Antrag geforderten Angaben informiert und die entsprechenden Datenschutzhinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten wirtschaftlicher Eigentümer allen wirtschaftlichen Eigentümern zur Kenntnis gegeben.

6.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

- a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.

- b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post **telefonisch** **per E-Mail**

6.3 Hinweise zur Datennutzung

Mir/uns ist bekannt, dass die im Antrag geforderten Angaben zum Antragsteller und seinen wirtschaftlichen Eigentümern zur Bearbeitung des Förderantrages notwendig sind (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 3 Buchstabe a Verordnung [EU] Nr. 2016/679 Datenschutz-Grundverordnung, § 4 Satz 1 Nr. 1 Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalt - DSAG LSA in Verbindung mit Artikel 69 Absatz 2 und Anhang XVII Verordnung [EU] 2021/1060).

Außerdem ist mir/uns bekannt, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung bei der IB verarbeitet sowie an die mit der Durchführung und Kontrolle der Förderung befassten Institutionen des Landes, des Bundes und der Europäischen Union übermittelt und von diesen verarbeitet werden können. Die Datenschutzhinweise nach Artikel 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung zum Umgang mit meinen Daten sowie die Information über die mir zustehenden Rechte habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).

Ich habe/Wir haben alle wirtschaftlichen Eigentümer über die Erhebung und Verarbeitung ihrer im Antrag geforderten Angaben informiert und die entsprechenden Datenschutzhinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten wirtschaftlicher Eigentümer (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB) allen wirtschaftlichen Eigentümern zur Kenntnis gegeben.

Im Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB findet sich das datenschutzrechtliche Informationsblatt „Informationen der EU-Verwaltungsbehörde EFRE/ESF/JTF im Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt zur Verarbeitung personenbezogener Daten nach Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) für Teilnehmende“. Ich/Wir bestätigen, dass wir die Teilnehmenden auf dieses Merkblatt hinweisen werden.

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Name der/des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Name der/des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)